

Hefte aus Burgscheidungen

---

Justas Paletskis

## Auf Leninschem Friedenskurs

Das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU  
wird erfolgreich verwirklicht



199

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

---

Justas Paletskis

## **Auf Leninschem Friedenskurs**

**Das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU  
wird erfolgreich verwirklicht**

1975

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

*Überarbeitete Fassung der Gastvorlesung, die der Autor,  
1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in der DDR, am 14. No-  
vember 1975 vor Lehrgangsteilnehmern, Dozenten und weite-  
ren Mitarbeitern der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Burgscheidungen hielt*

Liebe Genossen und Freunde!

Zunächst möchte ich mich für die Einladung zu dieser bedeutenden Einrichtung der Christlich-Demokratischen Union und für die Möglichkeit, vor den Hörern der Zentralen Schulungsstätte der CDU in Burgscheidungen zu sprechen, herzlich bedanken.

Die Sowjetmenschen schätzen das Wirken und die Erziehungsarbeit der CDU hoch, die ein unveräußerlicher Bestandteil der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geführten Nationalen Front der DDR ist. Wie der Botschafter der UdSSR in der DDR, Genosse Pjotr A b r a s s i m o w , auf der X. Tagung des Hauptvorstandes der CDU erklärte, beweist das Wirken Ihrer Partei gerade, „daß die fortschrittlichen Menschen christlichen Glaubens einen erheblichen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus, zur Formung der neuen Beziehungen zwischen den Menschen leisten“.

Wir wissen und sind stolz darauf, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem Sowjetvolk für die christlichen Demokraten wie für Millionen andere Bürger der Deutschen Demokratischen Republik eine Herzenssache ist. Sie wissen, daß die Sowjetmenschen ebenso herzliche Gefühle gegenüber den Bürgern der sozialistischen DDR empfinden. Davon zeugt erneut der jüngste Besuch der Partei- und Staatsdelegation der DDR in der Sowjetunion. In diesem Zusammenhang muß man betonen, daß der Vorsitzende Ihrer Partei, Gerald G ö t t i n g , in unserem Land als einer der höchsten Repräsentanten der DDR gut bekannt ist. Wir sind sicher, daß auch in der Zukunft alle Mitglieder der CDU ihren Beitrag zur Festigung des Bruderbundes mit der Sowjetunion leisten werden.

\*

Die Außenpolitik der Sowjetrepublik, sagte W. I. L e n i n , beruht auf ernsten Grundlagen, nicht auf Illusionen. Lenin orientierte die Kommunistische Partei und den Sowjetstaat darauf, die Außenpolitik als eine Wissenschaft zu betrachten, die man beherrschen muß, und brachte mehr als einmal den Gedanken zum Ausdruck, daß jedes internationale Ereignis, jede

außenpolitische Aktion vor dem Hintergrund einer Kette von politischen Ereignissen, vor dem Hintergrund der gesamten politischen Weltkarte gesehen werden muß. „... Sieht man eine Sache in großem Maßstab, so fallen Details und Kleinigkeiten weg, und es werden die Haupttriebkkräfte, die die Weltgeschichte bestimmen, sichtbar.“

Dem Leninschen Vermächtnis folgend, hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion immer und in allen Etappen ihrer Geschichte den außenpolitischen Kurs des Landes unter Berücksichtigung der ganzen Vielfältigkeit der Weltereignisse ausgearbeitet und sich dabei auf das Wissen um die Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung gestützt, eben um jene „Haupttriebkkräfte“, deren Wirken das Wesen der gegebenen historischen Epoche gestaltet.

Ein markantes Beispiel für dieses Herangehen an die Festlegung der außenpolitischen Aufgaben ist das Programm des Kampfes für Frieden und internationale Zusammenarbeit, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, das im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU formuliert wurde.

Gestützt auf die langjährigen großen Erfahrungen des Sowjetstaates beim Kampf um die Minderung der Kriegsgefahr und für die internationale Sicherheit, haben unsere Partei und ihr Zentralkomitee unter der Leitung des unermüdlichen Friedenskämpfers, des Generalsekretärs Genossen Leonid Iljitsch Brezhnew, das historische Friedensprogramm aufgestellt und in den letzten Jahren in der Praxis verwirklicht. Es gibt auf der Erde kein anderes Programm, das die Interessen aller Völker, die nach Frieden, Freiheit und sozialem Fortschritt streben, so klar und vollständig zum Ausdruck bringt.

Heute können wir sowjetischen Menschen zusammen mit den Freunden in der DDR und in allen anderen Bruderländern mit Fug und Recht und mit berechtigtem Stolz erklären: *Von unserer Seite aus wurde und wird alles getan, damit das Recht des Menschen auf Frieden etwas ebenso Selbstverständliches wird wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf Studium, das Recht auf Erholung, wie alle Rechte und Freiheiten, die zuverlässig vom Sozialismus gesichert werden.*

Der Inhalt des Friedensprogramms ist allgemein bekannt. Es fordert:

1. die Liquidierung der bestehenden Kriegsherde,
2. die unverzügliche und entschiedene Abwehr jeglicher Aggressionsakte,
3. den Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt bei der Lösung von Streitfragen,

4. die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa auf der Grundlage der endgültigen Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung,
5. die Einstellung des Wettrüstens, vor allem des thermonuklearen,
6. die Beseitigung der restlichen Kolonialregime,
7. die internationale Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen, die vor allem auf die Lösung der aktuellsten Probleme der Menschheit gerichtet ist.

Jede dieser so wichtigen Aufgaben wurde in dieser oder jener Form auch früher formuliert. Die prinzipielle Besonderheit des Friedensprogramms besteht darin, daß es jetzt einen Komplex von Aufgaben und Zielen auf die Bühne der Weltpolitik gestellt hat, der auf eine grundlegende Umgestaltung des gesamten Systems der internationalen Beziehungen der Gegenwart orientiert.

Schon 1969 hatte die Analyse, die von der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vorgenommen wurde, gezeigt, daß sich günstige ökonomische, soziale und politische Voraussetzungen für eine entschiedene und breite Offensive der antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte ergeben. *Das Friedensprogramm ist eine konkrete Verwirklichung des Klassencharakters der sowjetischen Außenpolitik, der organischen Verbindung der Prinzipien des proletarischen und sozialistischen Internationalismus mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.* Es ist ein Programm unserer kommunistischen Partei, das vom Sowjetvolk voll gebilligt und allseitig unterstützt wird. Gleichzeitig bringt es die Interessen aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft zum Ausdruck. Anders kann es auch nicht sein. Indem sie ihre Aktionen in der Weltarena koordinieren, schaffen die sozialistischen Staaten günstige Bedingungen sowohl für die Lösung ihrer spezifischen Aufgaben als auch für die Lösung der allgemeinen Aufgaben, die die Interessen des Weltsozialismus insgesamt berühren. Deshalb betrachten die Bruderländer das Friedensprogramm auch als ihr Programm und kämpfen gemeinsam, in einer Front, für seine Verwirklichung.

Das Problem der Wechselbeziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen entstand in der Praxis der internationalen Beziehungen bereits mit der Entstehung des ersten sozialistischen Landes in der Welt. Schon in den allerersten Tagen nach der Oktoberrevolution verkündete die Sowjetregierung ihren außenpolitischen Kurs auf *friedliche Koexistenz*. Die Imperialisten jedoch griffen zur Ge-

walt. Durch die Verteidigung der Errungenschaften des Großen Oktobers zwang das Sowjetvolk die bürgerlichen Regierungen, sich — in dieser oder jener Form — zur Herstellung von Beziehungen eines friedlichen Nebeneinanderbestehens mit der jungen Sowjetrepublik bereitzufinden. Dieser Kurs war historisch gesetzmäßig und sozial gerechtfertigt. Seine Durchführung begründete W. I. Lenin theoretisch in seiner Lehre von der sozialistischen Revolution.

Die Leninsche Konzeption des friedlichen Nebeneinanderbestehens von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ergibt sich logischerweise aus dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der bürgerlichen Staaten in der Epoche des Monopolkapitalismus. Da, wie W. I. Lenin nachwies, ein gleichzeitiger Sieg der sozialistischen Revolution in allen oder in den meisten Ländern unmöglich ist, stellt die friedliche Koexistenz eine objektiv bedingte historische Notwendigkeit dar, die im Verlauf der gesamten Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab bestehenbleibt. Der Leninsche Kurs auf das friedliche Nebeneinanderbestehen mit den kapitalistischen Ländern ist somit nicht durch konjunkturemäßige Erwägungen und durch taktische Berechnungen entstanden, sondern ist eine langfristige strategische Linie, die von der KPdSU im Weltmaßstab in Übereinstimmung mit den Interessen des Sowjetstaates und der internationalen revolutionären Bewegung konsequent verfolgt wird.

Die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlicher sozialer Ordnung ist bedingt durch das Wesen des Sozialismus, der auf Grund seiner gesellschaftlichen Natur selbst am Frieden interessiert ist. Diese Möglichkeit wird in der Praxis der internationalen Beziehungen um so erfolgreicher realisiert, je gefestigter die politischen, ökonomischen und militärischen Positionen des Sozialismus und je entwickelter seine internationalen Verbindungen zu den anderen demokratischen Bewegungen sind.

Das Prinzip der friedlichen Koexistenz hat nichts zu tun mit einem Klassenfrieden, mit einer Aussöhnung zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, zwischen den Kolonisatoren und den von ihnen unterdrückten Völkern, zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Ideologie. Bei der Aufstellung dieses Prinzips betrachtete W. I. Lenin dessen Realisierung in der Außenpolitik des sozialistischen Staates als eine besondere Form des Klassenkampfes des siegreichen Proletariats. Er wies darauf hin, daß „nach der Erringung der staatlichen Macht das Proletariat damit seinen Klassenkampf nicht einstellt, sondern ihn in anderer Form, mit anderen Mitteln

fortsetzt“. Der Kampf verlagert sich auf die internationale Ebene und nimmt den Charakter eines Wettstreits „zweier Methoden, zweier Formationen, zweier Wirtschaftsweisen — der kommunistischen und der kapitalistischen“ an. Dieser Kampf entfaltet sich in allen grundlegenden Bereichen des internationalen Lebens — im politischen, ökonomischen und ideologischen Bereich.

Wie bekannt, geht die Politik der friedlichen Koexistenz davon aus, daß die Anwendung von Gewalt bei der Lösung von Streitfragen unzulässig ist. Doch damit wird keineswegs das Recht der Völker negiert, für ihre soziale Befreiung zu kämpfen, mit der Waffe in der Hand sich einer Aggression entgegenzustellen oder die Befreiung vom fremdländischen Joch anzustreben. Die UdSSR erwies und erweist ihnen Hilfe beim Kampf um ihre Rechte. Die Unterstützung der revolutionären und der nationalen Befreiungsbewegung durch das Land der Sowjets gibt es seit genauso vielen Jahren, wie seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verstrichen sind. Die Sowjetunion handelt stets getreu dem Vermächtnis W. I. Lenins, des Begründers des Sowjetstaates, ein Bollwerk der revolutionären Weltbewegung zu sein, alles nur irgend Mögliche für die Entwicklung dieser Bewegung zu tun. Das entspricht dem *proletarischen Internationalismus*, der die Ideologie der internationalen Solidarität der Werktätigen der gesamten Welt ist.

Viele Vertreter der bürgerlichen Kreise machten der Sowjetunion den Vorschlag, von einer Unterstützung der revolutionären Bewegungen in der ganzen Welt Abstand zu nehmen, und versprachen dafür ihr Einverständnis mit der friedlichen Koexistenz. Mancher von ihnen möchte auch heute noch auf dieser unhaltbaren Position verharren. Doch das Leben selbst, die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zwingen die nüchternsten Wortführer der bürgerlichen Gesellschaft, sich darüber klarzuwerden, daß derartige Forderungen an die UdSSR nicht real sind. Die revolutionäre Bewegung, die durch die schärfsten Klassenwidersprüche der bürgerlichen Gesellschaft entstanden ist, kann niemand aufhalten.

Durch die Errichtung des sozialistischen Weltsystems ist der proletarische Internationalismus unermesslich stark und in seinem Inhalt reicher und weiter geworden. Der Begriff des proletarischen Internationalismus selbst hat sich in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zum Begriff des *sozialistischen Internationalismus* erweitert. Er ist zu der Basis geworden, auf der sich die Beziehungen neuen Typs zwischen den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft aufbauen.

Das Prinzip des sozialistischen Internationalismus fördert

die auf Gleichberechtigung beruhende Zusammenarbeit und die brüderliche uneigennützigte Hilfe, den aufrichtigen Wunsch, sich gegenseitig zu unterstützen und einen gemeinsamen ökonomischen Aufschwung zu erreichen, und die Koordinierung der nationalen und der internationalen Interessen. Die abgestimmte außenpolitische Tätigkeit der sozialistischen Länder, die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft insgesamt vergrößern die Maßstäbe und die Effektivität der Einwirkung des Sozialismus auf den Gang der Weltereignisse und tragen dazu bei, daß seine Rolle in den internationalen Beziehungen wächst.

Unter dem unmittelbaren Einfluß des Roten Oktober und vor allem als Ergebnis der Zerschlagung des Faschismus, bei der die Sowjetunion bekanntlich die entscheidende Rolle spielte, entstand und erstarkte die mächtige Gemeinschaft der sozialistischen Staaten. Darin liegt eine der Hauptursachen für die großen Veränderungen in den internationalen Beziehungen und das Unterpand für ein weiteres Vorankommen auf dem Wege der Abrüstung.

Marx und Engels sprachen seinerzeit von einer Epoche, in der die Gesetze des Anstands und der Gerechtigkeit, nach denen Einzelpersonen miteinander umzugehen haben, auch in den internationalen Beziehungen die dominierenden Normen sein würden. Eben dieser Art sind die Beziehungen, die sich zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik herausgebildet haben, Beziehungen, die sich in vielen Jahren gemeinsamer Prüfungen bewährt haben.

Die Haupttriebkraft unseres Bruderbundes bildet die bewährte, kämpferische Zusammenarbeit der KPdSU und der SED. Die festen Bande vielfältiger Beziehungen und Kontakte durchdringen buchstäblich alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unserer Länder. Die Wärme brüderlicher Freundschaft hat unsere Völker zu unzerstörbarer Einheit verschmolzen. Davon zeugen auch die überaus wichtigen Ergebnisse des Besuchs der Partei- und Staatsdelegation der DDR in der Sowjetunion. Der Aufenthalt der Delegation der DDR in der UdSSR gestaltete sich zu einer bewegenden Demonstration der Freundschaft. Die Verhandlungen gestatteten es, Fragen der weiteren Vertiefung der zweiseitigen Beziehungen zu erörtern; sie bekräftigten erneut die volle Einheit unserer Anschauungen und unseres Handelns.

Der vor dem XXV. Parteitag der KPdSU und dem IX. Parteitag der SED unterzeichnete Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand ist ein wichtiges Ereignis sowohl in den Beziehungen zwischen beiden Ländern

als auch im internationalen Leben insgesamt. Der Ursprung des Vertrages ist der Rote Oktober 1917, seine Perspektive das kommende Jahrhundert. Den Kern des Vertrages bildet der Kurs auf die weitere Annäherung unserer Länder und Völker, auf die Verstärkung der Macht und der Einheit des Weltsystems des Sozialismus und seines internationalen Einflusses, auf die gemeinsame Sicherung und den gemeinsamen Schutz der revolutionären Errungenschaften.

Der Vertrag entspricht den ureigensten Interessen unserer Parteien, Länder und Völker. Er harmoniert mit den Empfindungen und Hoffnungen aller Bürger der UdSSR und der DDR. Unsere gemeinsame wichtige Aufgabe ist es, ihn nun mit neuem Leben zu erfüllen. Das betrifft nicht nur die Partei- und Staatsorgane, sondern auch jeden Kommunisten, jeden Bürger. Hier bietet sich ein weites Feld für die mannigfaltigen Formen der Zusammenarbeit – von der weiteren Entfaltung der Beziehungen zwischen den Parteiorganisationen, den staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen, zwischen Betrieben, Instituten und Genossenschaften bis zu den von Herzlichkeit und freundschaftlicher Sympathie getragenen Beziehungen zwischen den Bürgern unserer Länder. Die Wörter „*Drushba*“ und „*Freundschaft*“ brauchen in den grenzenlosen Weiten von der Elbe bis zum Stillen Ozean längst nicht mehr übersetzt zu werden. Es steht außer Zweifel, daß sie in den kommenden Jahren einen noch konkreteren Klang bekommen.

Wir sowjetischen Menschen freuen uns von ganzem Herzen darüber, daß die Werktätigen der DDR in enger Zusammenarbeit mit unserem Land und mit den anderen Bruderländern einen starken sozialistischen Staat geschaffen haben, der eine hochentwickelte Industrie, eine moderne Landwirtschaft, eine fortschrittliche Wissenschaft und reiche Kultur besitzt. Mit dem steten Aufschwung der Wirtschaft und dem sich alljährlich erhöhenden Wohlstand des Volkes wächst in der Deutschen Demokratischen Republik der Mensch neuen, sozialistischen Typs heran. Es ist dies ein gewaltiges Verdienst der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihres Zentralkomitees mit dem Genossen Erich Honecker an der Spitze sowie aller anderen in der Nationalen Front vereinten Parteien und gesellschaftlichen Kräfte, ein Gradmesser der großen Erfolge beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Heute sind die Blicke und Taten der sowjetischen Menschen auf den bevorstehenden XXV. Parteitag der KPdSU gerichtet. Die Parteitage der KPdSU sind ein großes, bedeutsames Ereignis im Leben unserer Partei, unseres ganzen Landes. Sie

eröffnen neue Perspektiven und Horizonte im Leben der sowjetischen Menschen.

Die Beschlüsse des XXV. Parteitages der KPdSU und des IX. Parteitages der SED werden der Entwicklung unserer unzerstörbaren Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit, der kontinuierlichen weiteren Annäherung unserer Staaten und Völker zweifellos neue, mächtige Impulse verleihen. Wir sind sicher, daß einen wichtigen Beitrag zu diesem Prozeß die der SED befreundeten Parteien, darunter auch die CDU, leisten werden.

\*

Einer der wichtigsten Punkte des Friedensprogramms ist die Beseitigung der gefährlichen Brandherde militärischer Konflikte. Hier muß vor allem auf die Beendigung des Krieges in Vietnam hingewiesen werden. Dadurch wurde die Demokratische Republik Vietnam — der Vorposten des Sozialismus in Südostasien — den unmittelbaren bewaffneten Schlägen des Imperialismus entzogen, wurde der gefährlichste Kriegsherd der letzten Jahre beseitigt. Eine der vorrangigen Aufgaben, die das sowjetische Friedensprogramm aufgestellt hat, war erfüllt. Die Beendigung des Krieges in Vietnam erbrachte den überzeugenden Beweis, daß es unter den heutigen Bedingungen selbst für das Volk eines kleinen Landes, sofern es die Unterstützung der UdSSR und der anderen Länder des Sozialismus erfährt, möglich ist, der imperialistischen Aggression eine Abfuhr zu erteilen, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen.

Die Sowjetunion hat während der gesamten Periode des heroischen Kampfes des vietnamesischen Volkes ihm mit Waffen, Munition, Lebensmitteln, Brennstoffen und Medikamenten geholfen. Tausende von sowjetischen Spezialisten arbeiteten in der Volkswirtschaft des Landes, viele Tausende vietnamesischer Bürger erhielten eine Ausbildung in der UdSSR. Gestützt auf ihre internationale Autorität, leistete die Sowjetunion dem vietnamesischen Volk unschätzbare Unterstützung auf politischem und diplomatischem Gebiet mit dem Ziel, die imperialistische Aggression so rasch wie möglich zu beenden. Nach dem Abschluß des Krieges in Vietnam faßte die UdSSR, ausgehend von den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, den Beschluß, alle Anleihen, Kredite und sonstige Hilfe, die der Demokratischen Republik Vietnam in den Jahren des Krieges gewährt worden waren, als entschädigungslos zu betrachten.

Die Beseitigung des Kriegsherdens in Vietnam wirkte sich positiv auf die gesamte Situation in der Welt aus, in erster Linie in Südostasien. Nach wie vor angespannt ist dagegen noch immer die Lage im Nahen Osten. Man kann überzeugt sagen, daß es im Nahen Osten so lange keinen Frieden, aber auch keine Sicherheit für Israel geben wird, solange dieser Staat eine Politik der Aggression und Expansion betreibt. In Tel Aviv ist man nicht abgeneigt, das Bestreben, „Schritt für Schritt“ zur Regelung zu kommen, vor der Welt zur Schau zu stellen. Doch die real denkenden Menschen verstehen, daß dieser offensichtlich von taktischen Erwägungen diktierte Kurs, den Arabern ein paar Almosen zu geben, von der tatsächlichen Regelung des gesamten Nahost-Problems wegführen soll.

Die Sowjetunion hat bezüglich des Nahost-Problems eine grundsätzliche Position bezogen. Sie tritt für eine Regelung im Nahen Osten ein, die nicht illusorisch, sondern real und umfassend ist und durch die ein gerechter und dauerhafter Frieden errichtet wird. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß Israel das 1967 besetzte arabische Land, und zwar alles Land, zurückgibt, daß die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich des Rechts auf Gründung eines eigenen Staates gewahrt und die unabhängige Existenz und Entwicklung aller Länder dieses Gebietes gewährleistet werden.

Israel ist heute weithin isoliert, wie nicht zuletzt die jüngsten Abstimmungen in der UNO veranschaulichten. Der Kampf des palästinensischen Volkes für seine Existenz, für die Gründung seines Staates hat Sympathien und Unterstützung in vielen Ländern gewonnen und ist praktisch völkerrechtlich anerkannt. Das ist die Entwicklung in jener Richtung, die die Sowjetunion und andere sozialistische Länder schon im Jahre 1967, sofort nach dem Sechs-Tage-Krieg, voraussagten.

Die Sowjetunion, die ihre internationalistische Pflicht treu erfüllt, steht stets auf Seiten der Völker, die für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus und Apartheid kämpfen. Gemeinsam mit ihren Verbündeten hat sie immer die Stimme des Protestes erhoben, wenn die imperialistische Reaktion versuchte, diesen Völkern ihren Willen aufzuzwingen, ob das in Indochina oder im Nahen Osten, in Afrika oder Lateinamerika der Fall war. In den letzten Jahren hat die von unserer Seite gewährte moralische und materielle Unterstützung wesentlich dazu beigetragen, daß die Völker von Bangladesch, Guinea-Bissau, Südvietnam, Kambodscha, Laos, Moçambique sowie der Inseln São Tomé und Príncipe die Freiheit erringen konnten.

Angesichts der sich verschärfenden Widersprüche zwischen

den Entwicklungsländern und den großen kapitalistischen Staaten, insbesondere des harten Aufeinandertreffens der engstirnigen, eigennützigen Bestrebungen der entwickelten westlichen Staaten – der Erdölkonsumenten – und der legitimen Interessen der erdölfördernden Länder, die in der überwiegenden Mehrheit junge, unabhängige Staaten sind, schätzen diese das Eintreten der Sowjetunion für die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter Grundlage und die Verteidigung der souveränen Rechte der Völker, über die eigenen Naturschätze selbst zu verfügen, hoch ein.

Die eigentliche Kolonialherrschaft, die ein ständiger Quell von Spannungen und die Ursache für den mit Waffen ausgetragenen Befreiungskampf der unterjochten Völker war, ist heute im wesentlichen von unserem Erdball verbannt. Durch die einheitlichen Aktionen der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte der Mutterländer selbst und durch den Kampf der Befreiungsbewegung zerbrach das letzte Kolonialreich, das portugiesische.

Der konsequent internationalistische Charakter der Außenpolitik der sozialistischen Länder, vor allem der UdSSR, findet seinen klaren Ausdruck in der Unterstützung für die Völker, die um die Festigung ihrer Unabhängigkeit kämpfen. Diese Hilfe weist einen vielseitigen Charakter auf; sie umfaßt Politik, Ökonomie, Handel, Wissenschaft, Kultur und erfolgt über die verschiedensten Kanäle.

Gegenwärtig betreibt die UdSSR Handel mit mehr als 80 Entwicklungsländern im Vergleich zu 18 Ländern im Jahre 1955. Von ihnen unterhält die UdSSR mit Indien, dem Iran, mit Syrien und dem Irak die aktivsten Handelsbeziehungen. In den Jahren 1971 bis 1975 beteiligte sich unser Land am Aufbau von ungefähr 350 Objekten. In den bereits fertiggestellten und den noch im Bau befindlichen Hüttenwerken in den jungen Staaten werden 13,6 Millionen Tonnen Gußeisen, 16 Millionen Tonnen Stahl und 12,3 Millionen Tonnen Walzgut produziert werden. Auch die anderen sozialistischen Länder einschließlich der DDR betreiben einen aktiven Handel mit den Entwicklungsländern.

Eine wichtige Rolle spielt die Hilfe der UdSSR bei der Heranbildung nationaler Kader. Mit Unterstützung sowjetischer Spezialisten wurden in jenen Ländern mehr als 300 000 Facharbeiter, Techniker und Ingenieure ausgebildet. Über 150 Lehranstalten verschiedenster Art wurden dazu mit sowjetischer Hilfe gegründet, und ungefähr 40 befinden sich im Bau. Außerdem wurden allein im Jahre 1974 an sowjetischen Hochschulen etwa 15 000 Studenten und Aspiranten aus den Entwick-

ländern unterrichtet. Dabei absolvierten ungefähr 6500 UNO-Stipendiaten aus den jungen Staaten ein Studium in der UdSSR, worin ein wesentlicher Beitrag der UdSSR zum UNO-Hilfsfonds besteht.

Die ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zwischen den RGW-Ländern insgesamt und den Entwicklungsstaaten erweitern sich von Jahr zu Jahr. Das entspricht den Interessen beider Gruppen von Ländern und übt eine starke positive Wirkung auf die gesamte internationale Lage aus.

\*

Konsequent verwirklicht die KPdSU den Kurs der friedlichen Koexistenz. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß sich *die Beziehungen der Sowjetunion praktisch zu allen großen Staaten des Westens sowie zu vielen mittleren oder kleinen bürgerlichen Ländern in den vergangenen Jahren günstig gestaltet haben.*

Bekanntlich haben die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in den vergangenen Jahren eine wesentliche positive Wendung bekommen. Gegenwärtig sind in diesen Beziehungen Tendenzen der Entspannung und ihrer Verbesserung vorherrschend. Obwohl in den USA komplizierte gesellschaftliche Strömungen wirken und es dort einflußreiche Kräfte gibt, die der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion feindlich gegenüberstehen, hat sich in den Kreisen, die gegenwärtig die amerikanische Politik bestimmen, die Einsicht gefestigt, daß eine ständige Spannung in den Beziehungen zur Sowjetunion die Gefahr ernstest Komplikationen und vor allem die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung in sich birgt und auch ihren eigenen Interessen widerspricht, daß es für die Beziehungen zur Sowjetunion keine andere Grundlage als die friedliche Koexistenz und die gegenseitige Beachtung der Interessen der Sicherheit beider Mächte gibt.

Die Abkommen und Vereinbarungen, die eine solide Ausgangsbasis für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten schaffen, hatten und haben weiterhin einen großen positiven Einfluß auf den gesamten Gang der Ereignisse in der Welt. Das kann nur von Leuten übersehen werden, die das Wesen der sich in der Welt vollziehenden Prozesse nicht verstehen. Unter dem bedeutenden Einfluß gerade dieser günstigen Veränderungen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, die vor allem ein Ergebnis der fruchtbringenden Verhandlungen auf höchster

Ebene sind, macht die internationale Entspannung Fortschritte, die seit geraumer Zeit einen immer beständigeren Charakter annehmen.

Daneben bestehen aber in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen noch einige Schwierigkeiten, von denen insbesondere die Tatsache zeugt, daß die Wirtschaftsbeziehungen immer noch nicht normalisiert sind. Die Sowjetunion hat bekanntlich die Versuche einiger Kreise der USA, die wirtschaftlichen und Handelsgeschäfte mit der Sowjetunion auf einer diskriminierenden Grundlage zu führen, entschieden zurückgewiesen.

In diesem Jahr haben wir den 30. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion und der anderen Staaten der Antihitlerkoalition über den Faschismus begangen. Erinnern wir uns: Unser Land hatte durch den Krieg ein Drittel seines gesamten Nationalreichtums verloren. Die USA dagegen hatten ihre Industrieproduktion im Verlaufe des Krieges verdoppelt. Im Jahre 1945 hatten die USA den Hauptanteil — 60 bis 65 Prozent — an der Weltindustrieproduktion, am Welthandel sogar 75 Prozent sowie zwei Drittel an den Weltgoldreserven. In jenem Jahr machte die sowjetische Industrieproduktion nur 17 Prozent der Industrieproduktion der USA aus. Heute sehen diese Dinge ganz anders aus. Wir haben unsere Industrieproduktion in den Nachkriegsjahren auf das 15fache erhöht; sie beträgt heute mehr als 80 Prozent der Industrieproduktion der USA. Diese Tendenz spricht für sich selbst.

Unsere Partei und unser Sowjetstaat sind gewillt, auch weiterhin den Kurs der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verfolgen. Dabei wird die Sowjetunion nach wie vor ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nur auf gleichberechtigter Grundlage aufbauen und weder ihre Souveränität und ihre legitimen Interessen noch die Interessen ihrer Verbündeten und Freunde preisgeben.

Auf der festen Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit entwickelt die Sowjetunion allseitige Beziehungen zu praktisch allen westeuropäischen Ländern. Seit einem guten Jahrzehnt lassen sich Tendenzen zur Erweiterung und Vertiefung unserer Beziehungen zu Frankreich beobachten, das als eine der ersten westlichen Mächte den Weg der Zusammenarbeit und der Übereinstimmung mit der UdSSR in wichtigen Fragen der Außenpolitik beschritten hat.

In der Gesamtheit unserer europäischen Politik nehmen die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen einen wichtigen Platz ein. Wenn man ihre prinzipielle Seite betrachtet, so entspre-

chen sie dem 1970 zwischen der UdSSR und der BRD getroffenen Vertrag sowie den anderen Dokumenten, in denen die Verpflichtungen beider Seiten festgelegt wurden. Ein spürbarer Fortschritt in der Entwicklung der Beziehungen konnte dank der erfolgreichen Treffen auf höchster Ebene erzielt werden.

Wir können natürlich nicht die Augen davor verschließen, daß in der BRD immer noch ein Einfluß von Kräften ausgeht, die revanchistische Stimmen und Feindschaft gegenüber dem Sozialismus, gegenüber unserem Verbündeten, der DDR, laut werden lassen, daß dort von Zeit zu Zeit Kräfte erwachen, die geistig dem Nazismus sehr nahe stehen. Verständlicherweise wirkt sich das in bestimmter Weise erschwerend auf die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen aus, obwohl diese sich im ganzen positiv entwickeln und unser Land alles von ihm Abhängige tut und tun wird, um sie weiter zu vertiefen.

Eine Wende zum Besseren trat in der letzten Zeit in den Beziehungen zu England ein. Günstig entwickeln sich unsere Beziehungen zu Italien, dem benachbarten Finnland und den anderen westeuropäischen Ländern.

Diese Tatsachen, verbunden mit der Wende zum Realismus in der Politik der BRD und einer Reihe anderer westlicher Mächte, sicherten die Anerkennung der politischen und territorialen Realitäten, wie sie sich im Ergebnis des zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung in Europa herausgebildet haben. Das ist der historische Sinn der Verträge, die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten Europas mit der BRD abgeschlossen wurden und in denen insbesondere die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen der DDR und der BRD sowie der Westgrenze Polens an Oder und Neiße bekräftigt wird.

Heute ist die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen ein Prinzip, das praktisch von allen europäischen Staaten sowie den USA und Kanada anerkannt wird, die die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet haben. Die Teilnehmerstaaten, die „gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich betrachten“, haben sich verpflichtet, „jetzt und in Zukunft keinen Anschlag auf diese Grenzen zu verüben“. Das ist ein großer Beitrag für die Sache des Friedens auf unserem Kontinent. Das Abkommen zu dieser Frage hat historische Bedeutung.

Ein äußerst bedeutsamer Erfolg auf dem Wege zur Festigung der Positionen des Sozialismus und zur grundlegenden Wende zum Besseren in der europäischen Atmosphäre war die welt-

weite Anerkennung der DDR als souveräner und unabhängiger Staat. Heute ist die DDR aktiver und maßgebender Teilnehmer an vielen konstruktiven Initiativen und Aktionen in Europa und überhaupt in der Welt. Dieses Ergebnis ist im beharrlichen Kampf der DDR errungen worden, die sich auf die Hilfe der Sowjetunion und der anderen Bruderländer stützen konnte, und bildet eines der markantesten Beispiele für die Wirksamkeit des sozialistischen Internationalismus.

Zu einer Entspannung der Lage um Westberlin trug die Unterzeichnung des Vierseitigen Abkommens im Jahre 1971 bei, dessen Kernstück darin besteht, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert werden kann. Allerdings gibt es immer noch Versuche — und in jüngster Zeit häufen sie sich —, diese Kernbestimmung des Abkommens zu untergraben. Bestimmte Kreise der BRD würden Westberlin allzuger in der einen oder anderen Form an die BRD anschließen. Die Sowjetunion wird auch weiterhin ähnlichen Versuchen die gebührende Antwort erteilen und entschieden auf der Einhaltung von Geist und Buchstaben des Abkommens bestehen.

An dieser Stelle möchte ich folgenden Vergleich anführen. Vielleicht läßt sich der Entspannungsprozeß mit einem schweren, strapaziösen Marathon-Hürdenlauf vergleichen. (Übrigens gibt es solch komplizierte Sportdisziplin überhaupt nicht.) Der Anfang im Marathon verläuft üblicherweise in gutem Tempo. So war es auch mit dem Entspannungsprozeß — erinnern wir uns an die spektakulären Ergebnisse am Anfang, an die Reihe von Verträgen der sozialistischen Länder mit der BRD und das Viermächteabkommen über Westberlin. Der Lauf aber wird je länger, desto komplizierter und schwieriger; wir müssen alle Kräfte mobilisieren, um das Tempo zu erhöhen, um in unserem Sinne neue, konkrete Ergebnisse im Entspannungsprozeß zu erzielen. Das haben wir, die sozialistischen Länder, wiederum geschafft — ich denke an die lange, komplizierte Vorbereitungsarbeit und an den schließlich erfolgreichen Abschluß der dritten Etappe der gesamteuropäischen Konferenz auf höchster Ebene.

Der schwere Marathonlauf zum sicheren, stabilen Frieden geht weiter. Noch viele ernste Hürden sind zu überwinden, noch viele Male sind alle Kräfte zu sammeln, um wieder sichtbare, konkrete Ergebnisse auf dem Entspannungsweg zu erreichen.

Und noch ein Gedanke. Im vorigen Jahr sind schwere Prüfungen für den internationalen Entspannungsprozeß durch eine Reihe von Hürden, das heißt durch eine Reihe

von Krisen und anderen Ereignissen entstanden: ich meine den Regierungswechsel in vielen kapitalistischen Ländern, die Zypern-Krise, die Nahost-Krise usw. Dennoch haben die Entspannungstendenzen die Bewährungsprobe bestanden. Früher hörten wir viel über den „Geist von Genf“, den „Geist von Camp David“; aber der Geist hat bekanntlich die Eigenschaft, schnell zu verschwinden. Heute gibt es keine immateriellen „Geiste“, sondern gewissermaßen reale Fundamente für die stabilen Entspannungstendenzen. Den besten Beweis dafür bietet Helsinki.

Am 1. August dieses Jahres wurde dadurch, daß die Regierungs- und Staatschefs in Helsinki in feierlicher Form die Dokumente über die Grundlagen der europäischen Sicherheit und über die Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten in Europa unterzeichneten, die gesamteuropäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit nach über zwei Jahren Dauer zum Abschluß gebracht. Der Abschluß dieser gesamteuropäischen Beratung bedeutet, daß ein Kodex fundamentaler Abmachungen bezüglich des europäischen Friedens ausgearbeitet und zur Durchführung angenommen wurde, daß sämtliche Teilnehmer der Beratung ihre Bereitschaft erklärten, durch praktische Maßnahmen den Frieden in Europa zu erhalten und zu festigen.

Diese gesamteuropäische Beratung war eine wichtige Etappe im Kampf der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft um die Errichtung eines Systems der europäischen Sicherheit. Die zweite, die „Arbeits“-etappe dieser Beratung war die schwierigste. Wie einer der westlichen Diplomaten erklärte, „ist es nicht leicht, auf einmal übereinstimmend mit fünfunddreißig Bleistiften zu schreiben, zumal sie von keinem in allem überstimmenden politischen Willen geführt werden“.

Diese Etappe der gesamteuropäischen Beratung wurde am 21. Juli dieses Jahres beendet. Fast zwei Jahre lang wurden bei den Arbeitsorganen der Genfer Phase des gesamteuropäischen Forums ungefähr 4700 Entwürfe und Vorschläge eingereicht und überprüft. Es fanden fast 2500 Sitzungen des Koordinierungsausschusses, der Kommissionen, Unterkommissionen und spezieller Arbeitsgruppen statt. Ein integrierender Bestandteil der Arbeit waren auch die nichtoffiziellen Beratungen und Gespräche von 375 Diplomaten und Experten. Die hier ausgearbeiteten Dokumente sind somit die Frucht einer außerordentlich sorgfältigen Tätigkeit, sie tragen einen allseitig ausgewogenen und durchdachten Charakter.

Die am 1. August in Helsinki unterzeichnete Schlußakte

kann man mit vollem Recht als ein internationales Abkommen mit völkerrechtlichem Charakter bezeichnen. Das wird durch folgende Momente bestätigt:

- Sie enthält zahlreiche Hinweise auf das bestehende internationale Recht, auf das Statut und die Beschlüsse der UNO.
- Jede Formulierung wurde entsprechend dem Prinzip des Konsensus zwischen allen Teilnehmern der Beratung abgestimmt.
- Unter die Dokumente setzten höchste Repräsentanten der Teilnehmerländer ihre Unterschrift.
- Die Schlußakte erhielt in mehreren Ländern überdies die ausdrückliche Billigung der höchsten staatlich-politischen Organe.
- Schließlich fand sie die volle Billigung der Öffentlichkeit unseres Kontinents, ihrer unterschiedlichen politischen und sozialen Strömungen und damit der überwältigenden Mehrheit der Gesamtbevölkerung Europas. In diesem Sinne äußerten sich auch die Staatsmänner in Helsinki.

Selbst diejenigen Länder, welche die verschiedenartigsten Hindernisse im Verlauf der Arbeit der Genfer Etappe der Beratung aufgerichtet hatten, erkannten letzten Endes die große politische Bedeutung der in Helsinki unterzeichneten Dokumente an.

Die Ergebnisse der Konferenz sind eine sorgfältig abgewogene Ausbilanzierung der Interessen aller Teilnehmerstaaten, eine Folge von begründeten Kompromissen der Teilnehmerländer, die jedoch die Unterschiede in Ideologie und Gesellschaftsordnungen nicht verwischen. Die Ergebnisse zeigen, was unter den gegenwärtigen Bedingungen zu erreichen war. Gleichzeitig ist klar, daß das Erreichte von heute Ausgangspunkt für weitere Fortschritte in den von der Konferenz eröffneten Richtungen, ein neuer Impuls für die Erweiterung und Vertiefung des Entspannungsprozesses sein muß, um ihm in den nächsten Jahren wachsende Stärke und einen immer größeren Aufschwung zu verleihen und die Entspannung zur grundlegenden und unumkehrbaren Tendenz der allgemeinen Entwicklung der politischen Ereignisse in Europa und in der Welt zu machen.

Die gesamteuropäische Konferenz ist eine gute Schule der internationalen Politik für die Teilnehmerstaaten gewesen. Die Erfahrungen der Konferenz und ihre positiven Ergebnisse sind nicht allein für Europa lehrreich und nützlich, sondern auch über seine Grenzen hinaus. Sie sollen allen Völkern auf dem europäischen Kontinent und darüber hinaus helfen, in Frieden und gutnachbarlichen Beziehungen miteinander zu leben.

Der Erfolg des gesamteuropäischen Forums ist offensichtlich. Das ist ein gemeinsamer Erfolg aller, denen der Frieden und die Sicherheit auf unserem Erdball teuer sind.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wurde den Imperialisten die Möglichkeit genommen, nach eigenem Gutdünken über das Problem Krieg und Frieden zu entscheiden. Sie legen eine bestimmte Vorsicht an den Tag, weil heute der Gegenschlag auf eine Aggression besonders hart ausfallen würde. Aber wenn der Imperialismus auf Gewalt verzichtete, wäre er kein Imperialismus mehr. Die aggressiven imperialistischen Kreise halten in ihrem Kampf gegen die Kräfte des historischen Fortschritts weiterhin daran fest, die vielberufene „letzte Chance“ wahrzunehmen. Ungeachtet dessen, daß eine Minderung der internationalen Spannung erreicht werden konnte, wird das Wettrüsten fortgesetzt.

Die materiellen Werte, die der Menschheit im 20. Jahrhundert durch Kriege und das Wettrüsten verlorengegangen sind, betragen insgesamt über acht Billionen Dollar. Das entspricht einem Wert von etwa zehn vollen Jahren friedlicher industrieller Produktion. In den Kriegen unseres Jahrhunderts, die von den Imperialisten und ihren Helfershelfern entfesselt wurden, kamen 75 Millionen Menschen ums Leben. Auch heute dürfen wir nicht vergessen, daß die politische Entspannung noch immer nicht durch die militärische Entspannung ergänzt wird. Eine Revolution im Militärwesen wie zum Beispiel die rasche Entwicklung von Raketen-Kernwaffen ist ein äußerst wichtiger Umstand, der gegenwärtig bei der Lösung der Probleme von Krieg und Frieden unbedingt beachtet werden muß. Im Falle ihres Masseneinsatzes käme es zu einem Ausmaß an Opfern und Zerstörungen, vor dem die aller Kriege der Vergangenheit verblissen würden. Es reicht allein der Hinweis darauf, daß auf einem einzigen modernen kerngetriebenen U-Boot-Raketenträger mehr Vernichtungskraft konzentriert ist, als eine Million Bombenflugzeuge während des zweiten Weltkrieges transportieren konnten.

Die UdSSR ist im Verlaufe ihres gesamten Bestehens stets und ständig als der konsequente Verfechter einer konstruktiven Lösung der Abrüstungsprobleme aufgetreten. Bereits auf der Konferenz von Genua im Jahre 1922 brachte die sowjetische Delegation den Vorschlag ein, die Rüstungen und Armeen aller Staaten generell einzuschränken sowie die barbarischen Formen der Kriegsführung, die Giftgase und die gegen die friedliche Zivilbevölkerung gerichteten Massenvernichtungsmittel, zu verbieten. Eine weitgespannte Arbeit im Interesse der Abrüstung leistet die UdSSR nach wie vor im

Rahmen der UNO, des Abrüstungsausschusses in Genf und in anderen Foren.

Ein wahrhaft historischer Beitrag zur Erreichung dieses Zieles war das Abkommen zur Verhütung eines Kernkrieges, mit dessen Unterzeichnung die UdSSR und die USA sich verpflichtet haben, Anstrengungen zu unternehmen, um das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung, vor allem mit Kernwaffen, sowohl zwischen den beiden Seiten als auch zwischen einer der Seiten und anderen Staaten auszuschließen. Von großer Bedeutung sind auch die sowjetisch-amerikanischen Verträge über die Einschränkung von Raketenabwehrsystemen, unterirdischen Kernwaffenversuchen und insbesondere das zeitweilige Abkommen über die Einschränkung der strategischen Offensivwaffen.

Darüber hinaus sind gegenwärtig einige weitere internationale Abkommen zur Abrüstung in Kraft, ohne die die Weltlage weitaus gefährlicher aussehen könnte, als es der Fall ist. Die Zeit hat gezeigt, daß das 1968 abgeschlossene Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, an dem über einhundert Staaten beteiligt sind, ein effektives Mittel zur Eindämmung der Verbreitung von Kernwaffen ist. Kürzlich fand in Genf eine internationale Konferenz statt, auf der die Wirksamkeit dieses Abkommens in dem vergangenen Zeitraum untersucht wurde.

Weiterhin ist die Internationale Konvention über das Verbot von bakteriologischen Waffen in Kraft getreten, die auf der Grundlage des sowjetischen Entwurfs erarbeitet wurde.

Die Sowjetunion und die sozialistischen Bruderstaaten unternehmen zusätzliche Schritte, um die Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz zu beschleunigen. Sie kann einen nützlichen Beitrag zur Lösung der herangereiften Fragen der Abrüstung leisten und die Bemühungen einer maximalen Anzahl von Staaten auf die Behandlung dieser Fragen konzentrieren.

Gemeinsam mit den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft entwickelt die UdSSR auch weitere Initiativen, die auf die Abrüstung gerichtet sind. So hat die Sowjetunion der UNO in den letzten Jahren insbesondere Vorschläge unterbreitet über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und das gleichzeitige Verbot der Anwendung von Kernwaffen auf alle Zeiten, über die Einschränkung der Militärbudgets der ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates um zehn Prozent und über die Nutzung eines Teils der eingesparten Mittel für Hilfeleistungen an die Entwicklungsländer sowie über das Verbot der Einwirkung auf die na-

türliche Umwelt und das Klima zu militärischen und anderen Zwecken, die mit den Interessen der Gewährleistung der internationalen Sicherheit, des Wohlergehens und der Gesundheit der Menschen nicht vereinbar sind.

Die Sowjetunion hat der XXX. UNO-Vollversammlung die Frage nach dem „Abschluß eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests“ zur Beratung vorgelegt und den Entwurf eines entsprechenden internationalen Vertrages eingereicht.

Das Wichtigste auf dem Gebiet der Abrüstung bleibt noch zu tun. Auf Grund der Position der kapitalistischen Mächte, die auch von den Maoisten unterstützt wird, gelingt es leider noch nicht, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Immer mehr Mittel und Ressourcen werden dafür eingesetzt. Sehr niedrigen Schätzungen zufolge gibt die Welt gegenwärtig jährlich 250 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke aus.

Die militaristischen Kreise, insbesondere die Mitgliedstaaten der NATO, bemühen sich sehr eifrig, die Kriegsvorbereitungen zu verstärken. Bei ihnen finden selbst zaghafte Versuche einzelner Teilnehmerstaaten dieses Blocks, die Militärausgaben im Zuge der Entspannung zu reduzieren, eine geharnischte Abfuhr. Die ganze Welt weiß das. Jene Kreise bringen den Willen des „Big Business“ zum Ausdruck, das an einer Steigerung der Rüstungsproduktion interessiert ist, und werden sich daher stets gegen alle von der Sowjetunion und den anderen befreundeten Staaten unterbreiteten Abrüstungsvorschläge wenden.

Das alles läßt verständlicherweise den Kampf für die Abrüstung noch viel komplizierter werden. Aber es zwingt unser Land dennoch nicht, von seinem Kurs abzugehen. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Freunden nutzen wir alle Möglichkeiten, um hinsichtlich der Abrüstung auf bestimmten Gebieten Erfolge zu erzielen und ihre Gegner unter politischem Beschuß zu halten. Nach wie vor ist unser strategisches Ziel die Leninsche Idee von der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

Immer wieder appelliert die UdSSR an alle Staaten, dem Aufblähen ihrer Militärbudgets und ihres militärischen Potentials Einhalt zu gebieten, keine Waffen zu häufen und sie nicht mehr weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang sei besonders hervorgehoben, wie außerordentlich bedeutend es wäre, wenn alle Staaten, vor allem die Großmächte, die strikte Verpflichtung übernähmen, keine neuen Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen zu entwickeln. Denn der heutige Stand der Wissenschaft und die dem Menschen zur Ver-

fügung stehenden technischen Möglichkeiten und Mittel gestatten es im Prinzip, Waffen hervorzubringen, die in ihrer vernichtenden Wirkung noch schrecklicher als die Kernwaffen sind. Von Tag zu Tag wird es dringender und stärker erforderlich, die Entwicklung solcher Waffen zu durchkreuzen. Die Sowjetunion hat vorgeschlagen, in die Tagesordnung der XXX. Vollversammlung der UNO den Punkt „Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme solcher Waffen“ als wichtige und vorrangige Frage aufzunehmen.

Die Völker von der Last des Wettrüstens zu entbinden, die dafür unproduktiv verausgabten Mittel für friedliche Belange einzusetzen (und man möge sich nur einmal vorstellen, welche enormen Vorteile die Menschheit davon hätte) und damit die Kriegsgefahr radikal zu verringern ist das Ziel, für das die KPdSU und der Sowjetstaat, ohne ihre Kräfte zu schonen, wirken wollen. „Und gerade auf die Materialisierung der Entspannung kommt es an“, betonte L. I. Breshnew in seiner Rede auf der Konferenz am 31. Juli. „Sie ist das Wesentliche an allem, was den Frieden in Europa wirklich stabil und unerschütterlich machen soll.“

Die sozialistische Politik der ökonomischen Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Systeme stützt sich auf die objektiven Erfordernisse und Gesetzmäßigkeiten der internationalen Arbeitsteilung. Dieses Erfordernis wird besonders augenscheinlich unter den Bedingungen der modernen wissenschaftlich-technischen Revolution und der weiteren Entwicklung der Prozesse der Internationalisierung der Produktion. „... die Sowjetunion ist bereit“, sagte L. I. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, „mit allen Staaten, die sich ihrerseits darum bemühen, Beziehungen gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu vertiefen. Unser Land ist bereit, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten an der Lösung solcher Probleme wie dem Schutz der Umwelt, der Erschließung energiewirtschaftlicher und anderer natürlicher Ressourcen, der Entwicklung des Transport- und Nachrichtenwesens, der Vorbeugung und Liquidierung der gefährlichsten und verbreitetsten Krankheiten, der Erforschung und Erschließung des Kosmos und des Weltmeeres mitzuarbeiten.“

Bei der Lösung der Aufgabe, die Produktivkräfte zu entwickeln und damit die hauptsächliche Voraussetzung für eine Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen zu schaffen, stützen sich die sozialistischen Länder vor allem auf ihre eigenen Ressourcen, auf die Vorzüge der sozialistischen Produk-

tionsweise. Dem Sozialismus ist jedoch keineswegs eine „autarke“ Planung eigen, wie zuweilen dieser oder jener im Westen behauptet. Im Gegenteil, der Kurs auf eine Erweiterung der ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten ist ein ständig wirksames Element in der Außenpolitik der UdSSR und der übrigen sozialistischen Länder.

Der Gang der Ereignisse, die zu wohltuenden Veränderungen im außenpolitischen Klima der Welt führten, hat überzeugend gezeigt, daß die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Systeme eine positive Wirkung auf die Weltpolitik ausüben kann und muß. Eine derartige Zusammenarbeit stellt gewissermaßen das materielle, das ökonomische Fundament der Politik der friedlichen Koexistenz dar. Der dialektische Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen dem politischen und dem ökonomischen Prozeß der Entspannung sind augenscheinlich.

Die Tatsache, daß man im Westen die Dogmen des „kalten Krieges“ in den internationalen ökonomischen Beziehungen überprüft, ist eine Folge der gewachsenen Bedeutung der sozialistischen Wirtschaft in der Welt, das Ergebnis des aktiven und konsequenten Kampfes der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder für eine Stärkung des friedlichen Nebeneinanderbestehens von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Die Politik der Handels- und Wirtschaftsblockade, die der Imperialismus lange Zeit gegenüber den sozialistischen Ländern zu betreiben sich bemühte, ist vom Leben selbst widerlegt worden. Doch das ist keineswegs irgendeine einseitige Konzession gegenüber den sozialistischen Ländern, wie man das manchmal im Westen hinstellen sucht. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß der Westen seine eigenen ökonomischen und politischen Interessen im Lichte der neuen Realitäten des internationalen Lebens nüchterner einschätzt.

Wir können jedoch nicht umhin festzustellen, daß es auch heute in den imperialistischen Kreisen nicht wenige Anhänger diskriminierender Handlungen gibt, die die ökonomische Zusammenarbeit erschweren. Wir verschließen die Augen auch nicht davor, daß bestimmte Kreise des Imperialismus ihre Hoffnungen darauf setzen, die Zusammenarbeit mit uns zu einem Hebel der berüchtigten „Konvergenz“ der beiden Systeme zu machen oder, einfacher gesagt, zu einem Mittel, den Sozialismus zu unterminieren, ihn „von innen her aufzuweichen“. Derartige Absichten sind ebenso erfolglos wie die frühere Politik der Handels- und Wirtschaftsblockade.

In den politischen Diskussionen, die sich auf unserem Kon-

inent entfalten, nehmen die Fragen der kulturellen Zusammenarbeit, des Austausches von Gedanken, Informationen und Menschen einen immer wichtigeren Platz ein. Das ist durchaus gesetzmäßig, allein schon deshalb, weil die Milderung der militärisch-politischen Konfrontation objektiv die Rolle der nichtmilitärischen Bereiche in den Beziehungen zwischen den Staaten entgegengesetzter Gesellschaftssysteme erhöht hat.

Der Sowjetstaat hat den Austausch von Kulturgütern und die Begegnung der Menschen immer als ein wichtiges, integrierendes Element der Politik des friedlichen Nebeneinanderbestehens betrachtet. *Die Sowjetunion publiziert mehr als irgend ein anderes Land Werke ausländischer Autoren.* Die Sowjetmenschen haben allseitige Möglichkeiten, sich mit den kulturellen Errungenschaften aller Völker der Welt, mit den Ereignissen des internationalen Lebens vertraut zu machen.

Allerdings setzen wir uns dafür ein, daß die kulturellen und alle anderen Verbindungen frei sind von subversiver Tätigkeit, daß sie der gegenseitigen geistigen Bereicherung der Völker und dem Wachstum des Vertrauens zwischen ihnen dienen, daß dabei die sowjetischen Gesetze und Traditionen und unsere sozialistische Ideologie berücksichtigt werden. Die Frage steht so: Was aus dem kulturellen Erbe und dem geistigen Gut anderer Länder zu nehmen beziehungsweise nicht zu nehmen ist — das zu entscheiden ist Sache der inneren Kompetenz eines jeden Staates.

In der gegenwärtigen Geschichtsetappe ist der Kampf zwischen der kommunistischen und der bürgerlichen Ideologie zu einer der schärfsten Fronten des Klassenkampfes geworden. Das kann auch nicht anders sein, denn die Weltanschauung und die Klassenziele des Sozialismus und des Kapitalismus sind gegensätzlich und nicht miteinander auszusöhnen. Der ideologische Kampf spiegelt folglich die objektive Tatsache des Bestehens gegensätzlicher Gesellschaftssysteme in der Welt wider. Er hängt nicht von den subjektiven Wünschen der Menschen ab.

Die zunehmende Macht und Autorität des Weltsystems des Sozialismus, das Anwachsen der Klassenkämpfe in den Ländern des Kapitalismus, die Einbeziehung von Millionenmassen der Werktätigen der ehemaligen kolonialen und abhängigen Länder — alles das verleiht dem ideologischen Kampf in unseren Tagen wahrhaft globalen Charakter. Seine Schärfe nimmt im Zusammenhang mit der Erweiterung der Kontakte zwischen Staaten, die unterschiedlichen sozialen Systemen angehören, auf dem Gebiete der Ökonomie, der wissenschaftlich-

technischen Zusammenarbeit und der kulturellen Verbindungen zu. Die Bedingungen des ideologischen Kampfes ändern sich wesentlich: es erweitern sich die Möglichkeiten einer Gegenüberstellung der materiellen und geistigen Werte der beiden Welten, der sozialistischen und der kapitalistischen Lebensweise.

In der gegenwärtigen Etappe treten im Kampf gegen den Sozialismus die sogenannten „elastischen“ Antikommunisten in den Vordergrund, die eine Entspannung nicht ablehnen, aber sie mit prinzipiellen Zugeständnissen zu bezahlen fordern. Insbesondere diese Kreise sind es, die den Gedanken einer „Überwindung der ideologischen Unvereinbarkeit“ der beiden Systeme einzuschmuggeln und die These der „Freiheit des Austausches von Ideen, Menschen und Informationen“ aufzudrängen suchen, unter deren Deckmantel sie danach trachten, in die sozialistischen Länder einzudringen und die ideologischen Diversionen zu legitimieren.

Eine immer größere Zahl von politisch führenden Persönlichkeiten des Westens beginnt heute, sich darüber klarzuwerden, daß die Versuche, von den sozialistischen Ländern ein Zugeständnis ideologischer Art für eine Übereinkunft in bezug auf die Sicherung der internationalen Entspannung zu erlangen, fruchtlos sind. Trotzdem mühen sich die Theoretiker des „kalten Krieges“ wie vor Dutzenden von Jahren ab, den Nachweis zu erbringen, ein wahrhaftes friedliches Nebeneinanderbestehen der beiden Weltsysteme sei wegen der „ideologischen Unvereinbarkeit“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus unmöglich. Wie kann es eine friedliche Koexistenz geben — so argumentieren die bürgerlichen Strategen —, wenn ein Krieg der Ideen besteht? Dabei verschweigen sie die Tatsache, daß die Imperialisten selbst nicht im geringsten daran denken, die Waffen an der Front des Kampfes der Ideologien zu strecken.

Das Hauptziel der Konzeption der „Entideologisierung“ besteht darin, die marxistisch-leninistische Lehre zu diskriminieren, sie als „unwahr“ und, davon ausgehend, als „überholt“ hinzustellen. Aber diese Losungen bezeugen nichts anderes, als daß der heutige Kapitalismus unfähig ist, Ideen hervorzubringen, die den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Die verkündete „ideologische Eintracht“ soll die Wachsamkeit der Völker der sozialistischen Länder einschläfern, ihr Klassenbewußtsein abstupfen und den Boden für die Aufnahme der berüchtigten bürgerlichen „Lebensinhalte“ auflockern: Individualismus, Apolitizismus, Kult des Geldes und der Sachwerte.

In der Konzeption des „ideologischen Waffenstillstands“

läßt sich deutlich auch ein weiteres Ziel der bürgerlichen Theoretiker verfolgen. Das ist das Bestreben, die internationale Politik durch Negieren ihres klassenmäßigen Charakters zu entideologisieren. Es ist jedoch allgemein bekannt, daß es keine Außenpolitik gibt und auch nicht geben kann, die außerhalb einer klassenmäßigen Ideologie existiert. Jede Politik — ob Innen- oder Außenpolitik — beruht stets auf klassenmäßigen Prinzipien.

Alle Aufrufe, auf den ideologischen Kampf zu verzichten, entpuppen sich daher selbst als eine bestimmte Ideologie oder — genauer gesagt — als ideologische Diversion. Die sowjetische Außenpolitik ist ihrem Wesen nach eine klassenmäßige Politik. Sie verteidigt die Interessen des Weltsozialismus, der kommunistischen, der Arbeiter- und der nationalen Befreiungsbewegung, aller fortschrittlichen Kräfte der Gegenwart.

Daß der sogenannte „liberale“ Antikommunismus in den Vordergrund gerückt wird, bedeutet nicht, daß der primitive Antikommunismus verschwunden sei. Die direkten Attacken gegen die ideologischen und politischen Positionen des Sozialismus, gegen seine Wirtschaftsweise und Demokratie dauern nach wie vor an. In das Arsenal ihrer ideologischen Rüstung beziehen die Imperialisten den bürgerlichen Nationalismus, den Chauvinismus und den Rassismus ein.

• Sich den neuen Bedingungen anpassend, ruft die bürgerliche Propaganda in der Regel nicht mehr offen dazu auf, die in den sozialistischen Ländern bestehende Ordnung zu stürzen. Sie erfindet alle möglichen Ammenmärchen darüber, daß „die ökonomische und soziale Entwicklung der Länder des Sozialismus undynamisch“ sei, versucht, die Notwendigkeit einer „Verbesserung“ des Sozialismus zu beweisen, und behauptet, daß die dem Sozialismus feindlichen politischen Strömungen und Organisationen ein „Recht“ auf Existenz in den sozialistischen Ländern hätten.

Indem sie ihr Sinnen und Trachten in der Hauptsache darauf richtet, die sozialistische Gesellschaft innerlich auszuhöhlen, versucht die Propaganda des Klassenfeindes verstärkt, dem Bewußtsein der Bevölkerung der sozialistischen Länder die Ideale der sogenannten „Konsumgesellschaft“, die bürgerlichen Lebensgewohnheiten, den Kult der Habgier und der prestigegebundenen Raffsucht einzupflanzen. Dabei wird das Ziel verfolgt, bei den Werktätigen der sozialistischen Länder Unzufriedenheit gegenüber der sozialistischen Wirklichkeit, Gleichgültigkeit gegenüber den Werten der sozialistischen Gesellschaft hervorzurufen. In der letzten Zeit erweitert sich auch die sogenannte „soziologische Propaganda“ — eine Propaganda

des Konsums, der verlogenen imperialistischen Massenkultur, des Geschmacks, der Mode usw.

Eine derartige „Materialisierung“ der ideologischen Prozesse, eine Gegenüberstellung der beiden Lebensweisen etwa am Beispiel der Qualität einzelner Warenarten, schließt solche Kriterien wie das Niveau des sozialen und geistigen Lebens der Gesellschaft, den Charakter der zwischenmenschlichen Beziehungen vollkommen aus. Unter der ernüchternden Einwirkung solcher Faktoren wie Inflation, Arbeitslosigkeit und Energiekrise beginnen heute nicht nur die breiten Massen der Werktätigen, sondern auch manche westliche Ideologen, ihre Meinung hinsichtlich der Lebensweise unter den Bedingungen des Kapitalismus zu ändern.

\*

Das sind die Fakten und das Wesen des Wirkens der KPdSU und der Sowjetregierung im Hinblick auf die konsequente Verwirklichung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPdSU. Unsere Partei, unser Volk wissen, daß der Weg zum Frieden nicht einfach und nicht leicht ist. Das Besondere an der Situation, die sich nunmehr herausgebildet hat, besteht darin, daß der Kampf um den Frieden und die Festigung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vor allem gegen diejenigen geführt werden muß, die sich gegen die bereits real erreichten Ergebnisse auf diesem Gebiet sträuben. Es ist notwendig, den Widerstand derjenigen zu brechen, die zum kalten Krieg zurückstreben. In den USA sind das Jackson und seine Hintermänner aus dem Militär-Industrie-Komplex, in der BRD ist es der Führer der kriegslüsternden Ultras, Strauß.

Gemeinsam mit den aggressiven Kreisen der NATO kämpft die maoistische Führungsschicht Chinas erbittert gegen die Entspannung. Sie hat sich faktisch mit der imperialistischen Reaktion im Kampf gegen die UdSSR und die anderen Länder des Sozialismus sowie gegen die gesamte revolutionäre Befreiungsbewegung zusammengetan. Wir können das nicht außer acht lassen und müssen für unsere Politik daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen.

Die Sowjetmenschen und ihre Freunde aus den Bruderländern sind jedoch optimistisch, und sie sind durch die Geschichte dazu berechtigt. Wir wollen den Frieden und kämpfen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für ihn. Unser Optimismus ist nicht allein darauf begründet, daß die 30 Jahre der Nachkriegszeit der längste Zeitraum ohne Weltkrieg in

unserem Jahrhundert sind und daß zur Zeit nirgends in der Welt größere Kriegshandlungen geführt werden. Die Erfolge, die die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder beim Aufbau der neuen Gesellschaft, bei der Stärkung ihres Wirtschafts- und Verteidigungspotentials sowie in der Außenpolitik erringen, tragen in entscheidendem Maße zur Festigung des Friedens bei. Sie dienen der Zügelung der aggressivsten imperialistischen Kräfte und der Verhütung eines Krieges. Andererseits werden unter den Bedingungen des Friedens die besten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Fortschreiten der Weltentwicklung in die progressive Richtung geschaffen. Der Frieden erleichtert und begünstigt es, daß die schöpferischen Ziele des sozialistischen Aufbaus erreicht, die Unerschütterlichkeit der Errungenschaften des Sozialismus gefestigt und seine internationalen Positionen weiter gestärkt werden.

Wie Genosse L. I. Breshnew unterstrich, sehen wir unsere heilige Pflicht darin, auch künftig alle Kräfte aufzubieten, damit nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder, Enkel und Ur-enkel vergessen, was Krieg ist, damit alle Völker in Frieden leben und gesunde gegenseitige Beziehungen pflegen können. Das ist das edle Ziel der sozialistischen, revolutionären Außenpolitik der Sowjetunion und aller Bruderländer.